

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT HEIDELBERG

**Ansprache
zur Feierlichen Gedenkstunde
für die Opfer des Nationalsozialismus
27.01.2017, 18.00 Uhr
Großer Rathaussaal, Rathaus Heidelberg**

Begrüßung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
herzlichen Dank an Professor Brecht, Vorstand von St. Thomas,
und Professor Kruse, Leiter des Instituts für Gerontologie der
Universität Heidelberg, dass Sie heute zu uns sprechen und
speziell an das Unrecht gegenüber Menschen mit
Behinderungen erinnern, die dieses Jahr im Fokus des
Gedenktages stehen.

Wir gedenken heute aller Menschen, die von den
Nationalsozialisten verfolgt, gedemütigt und ermordet wurden.
Sie wurden Ihrer Würde als Mensch beraubt, sie verloren ihr
Leben, weil eine Gruppe von Menschen sich anmaßte, über die
Existenzberechtigung ganzer Bevölkerungsgruppen zu
entscheiden: über das Schicksal von Andersgläubigen, von
Homosexuellen von politisch Andersdenkenden, von Menschen
mit Behinderungen.

Kinder als medizinische Versuchsobjekte

Das alles geschah mitten in unseren Städten, auch hier in Heidelberg. Nur ein Beispiel: Die Ermordung von Menschen mit Behinderungen forderte bis Kriegsende mehr als 200.000 Opfer. Damals war Professor Carl Schneider Leiter der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg. 21 der Kinder, an denen Schneider in der Heidelberger Klinik seine unmenschlichen Versuche unternommen hat, wurden ermordet.

Lehren aus der Vergangenheit

Wir haben in vielen Ländern aus dieser Katastrophe gelernt, gerade auch hier bei uns in Deutschland. Wir haben gelernt, dass sich keine Gruppe über eine andere stellen darf. Wir haben gelernt, keine Pauschalurteile zu akzeptieren. Wir haben gelernt Vorurteile zu hinterfragen, gegen Feindbilder anzugehen und jeden Menschen als Individuum zu sehen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Nicht umsonst ist das der erste Satz im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Aber dieser Konsens bröckelt. Es ist schwer zu ertragen, wenn immer häufiger von „den Ausländern“, von „den Muslimen“, von „den dunkelhäutigen Männern“ die Rede ist. Wer das Individuum ausblendet, wer Menschen nur noch nach Zugehörigkeit zu einer Religion, einem Land, nach der Hautfarbe oder einer körperlichen Beeinträchtigung beurteilt, der untergräbt die Grundlage unserer Gemeinschaft.

Es ist erschreckend, dass solche Töne in unserer Gesellschaft wieder zu hören sind. Wir haben immer gesagt: Wir dürfen nicht aufhören uns zu erinnern. Damit sich diese Katastrophe niemals wiederholt.

AfD fordert Ende der Erinnerungskultur

Es müssen alle Alarmglocken schrillen, wenn in Deutschland eine Partei zweistellige Wahlergebnisse erzielt, die Vorurteile schürt, die Menschen aufgrund ihrer Religion oder Herkunft verurteilen. Es muss niemanden wundern, wenn dann genau diese Partei fordert, unsere Erinnerungskultur müsse beendet werden. Meine Damen und Herren, ich spreche nicht nur von der NPD. Ich spreche von der AfD.

Der thüringische Fraktionsvorsitzende der AfD, Björn Höcke, erklärte vergangene Woche in Bezug auf das Holocaust-Mahnmal: „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“.

Meine Damen und Herren, wenn hier etwas eine Schande ist, dann diese Ansicht des AfD-Bundesvorstandes Höcke.

Er verunglimpft damit die sechs Millionen Opfer des Holocaust. Um es klar zu sagen: Dieser Mann ist kein skurriler Hinterbänkler der AfD. Er ist Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Er ist einer der führenden Köpfe der AfD, die die Richtung der Partei bestimmen.

Höcke: „Dämliche Bewältigungspolitik“

Die deutsche Geschichte werde „mies und lächerlich gemacht“, beklagte Höcke in seiner Rede. „So kann und so darf es nicht weiter gehen“, fordert er. Und weiter: „Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstaflösung. Diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“

Machen wir uns nichts vor. Die Verachtung für Ausländer und die Verdrängung unserer Geschichte sind nicht etwa nur ein ostdeutsches Problem. Solche Aussagen werden auch bei uns im Südwesten getragen, von Mitgliedern des baden-württembergischen Landtags. Der Stuttgarter Fraktionschef der AfD, Jörg Meuthen, findet an Höckes Aussagen – Zitat – „nichts Verwerfliches“.

Landes-AfD: keine Förderung mehr für NS-Gedenkstätten

Meuthen stellte jetzt einen unglaublichen Antrag im Landtag. Mit diesem Antrag will er der NS-Gedenkstätte Gurs die Fördergelder komplett entziehen. Zugleich sollen Fahrten zu „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ umbenannt werden in Fahrten zu – Zitat – „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“. Klarer und schamloser kann man seine wahre Gesinnung kaum dokumentieren.

Meine Damen und Herren, diese Zitate sind für Sie und für uns alle eine Zumutung. Das ist mir bewusst. Es wird auch häufig diskutiert, ob man die AfD mit dem Aufgreifen ihrer Aussagen nicht erst stark macht. Ich teile diese Ansicht nicht. Ich halte es für wichtig, dass man umfassend über Populisten jeglicher

Couleur berichtet, die derzeit in vielen Ländern Kapital aus der Verunsicherung der Menschen ziehen.

Die Wähler müssen wissen, wer sich da zur Wahl stellt. Sie müssen wissen, wem sie ihre Stimme geben. Bernd Höcke sagte es vergangene Woche ganz unumwunden: „Ich weise euch einen langen und entbehrungsreichen Weg. Aber es ist der einzige Weg, der zu einem vollständigen Sieg führt, und dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD.“ Das Publikum hat die Rede mit stehendem Applaus und Sprechchören quittiert. Roman Herzog, den kürzlich verstorbenen Bundespräsidenten, bezeichneten Zwischenrufer als Volksverräter. Herzog hatte den heutigen Gedenktag ins Leben gerufen.

Treffen der europäischen Rechtspopulisten

Diese Töne sind mittlerweile in vielen Ländern zu hören. Fanden Treffen der europäischen Rechtspopulisten bisher eher ohne großes Aufsehen statt, so versammelten sie sich am letzten Samstag unter großem Getöse in Koblenz.

Wilders: „patriotischer Frühling in Europa“

Marine Le Pen, Chefin des französischen Front National sieht bereits „das Ende einer Welt und die Geburt einer neuen“. Sie sieht Frankreich im Krieg gegen den islamischen Fundamentalismus und fordert die Wiedereinführung der Todesstrafe. Für Le Pen gibt es nur eine Lösung: „den Stopp aller Einwanderung!“ Geert Wilders, Vorsitzender der niederländischen PVV, sprach in Koblenz von einem „patriotischen Frühling in Europa“ und rief in den Saal: „Wir werden unsere Länder zurück erobern.“ Wilders fordert die Schließung aller Moscheen und islamischen Schulen und das Verbot des Koran.

Le Pen unterstützt Petry

Le Pen und Wilders teilten sich die Bühne mit der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry und wünschten ihr viel Erfolg für die Bundestagswahl. Auch Petry machte aus Ihrer Einstellung keinen Hehl. Gegen die – Zitat – „unkontrollierte Umschichtung der Bevölkerung“ müsse Widerstand geleistet werden.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute vor einer Massenbewegung, die es in dieser Form schon lange nicht mehr gab. Diese Bewegung ist bedrohlich. Wir müssen darauf reagieren.

Situation in Heidelberg

Ich möchte hier ganz ausdrücklich Heidelberg von dieser Entwicklung nicht ausnehmen: Zwar ist Heidelberg eine tolerante und weltoffene Stadt. Der Name steht seit Jahrhunderten für Offenheit und Vielfalt. Menschen verschiedener Herkunft, Religion, Kultur, sexueller Orientierung, körperlicher Konstitution, sind selbstverständliche Mitglieder und bereichern unser Gemeinwesen.

Aber auch bei uns gibt es Ressentiments in der Bevölkerung und Entgleisungen von gewählten Vertretern der Kommunalpolitik.

AfD-Stadtrat begrüßt Hetzjagd auf Flüchtlinge

Ich erinnere hier nur an die Aussagen eines AfD-Stadtrates, der die Hetzjagd von Rechtsradikalen auf Flüchtlinge in Bautzen so kommentierte: „Die Bürger unserer Partnerstadt wehren sich, und das ist gut so.“

Spätestens jetzt sollte jedem klargeworden sein, wohin die Reise mit der AfD gehen würde. Diese Entwicklung müssen wir verhindern. Wir dürfen nicht aufhören, uns mit aller Kraft für die Werte einzusetzen, die in der NS-Zeit und auch jetzt wieder mit Füßen getreten werden: für die Bewahrung der Menschenwürde, für gleiche Rechte für alle, für eine freie Gesellschaft. Damit es nie wieder so weit kommt.

Transparente Politik

Dazu gehört eine transparente und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik. Gerade auf kommunaler Ebene können wir zeigen, wie Politik den Menschen nutzt: mit guten Schulen, mit guten Berufschancen, mit bezahlbaren Wohnungen.

Wir wollen jedem Menschen in unserer Gemeinschaft gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten, unabhängig von Religion, Herkunft oder Geschlecht. In Heidelberg leben Menschen aus mehr als 160 Nationen friedlich zusammen. Diese Vielfalt ist keine Bedrohung. Sie ist eine Bereicherung. Sie ist das Elixier, von dem unsere lebendige und hoch-innovative Stadt lebt.

Prominente gegen Rassismus

Da mir dieses Thema auch persönlich sehr am Herzen liegt, beteilige ich mich an der bundesweiten Aktion „Prominente gegen Rassismus“. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus feiern dieses Jahr ihren bundesweiten Auftakt in unserem Interkulturellen Zentrum in Heidelberg. Ein starkes Zeichen. Vielen Dank an dieser Stelle an Jagoda Marinic und den vielen interkulturellen Gruppen, die sich hierfür einsetzen.

Ich bin überzeugt, die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützt eine solche Politik. Tausende engagieren sich sogar aktiv dafür. Sie helfen anderen Menschen. Sie trainieren Jugendliche im Sportverein, ohne danach zu fragen, ob sie vor dem Elfmeter vor Gott oder zu Allah beten. Sie geben Sprachunterricht, helfen bei Hausaufgaben, kümmern sich um Obdachlose, unterstützen ältere Menschen oder packen einfach in der Nachbarschaft mit an.

Dank an alle engagierten Bürger

Ich möchte mich an dieser Stelle bei all diesen Menschen bedanken. Sie sind längst nicht so laut wie die Populisten. Deshalb werden sie häufig übersehen. Sie aber sind viel wichtiger als die Hetzer. Sie sorgen dafür, dass sich in unserer Stadt Menschen als Menschen begegnen. So wird aus einem Wohnort eine Heimat, in der jeder Einzelne seinen Platz findet.

Daran müssen wir arbeiten, Tag für Tag. Das ist heute wichtiger denn je.

Vielen Dank.